



SPD Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

An die  
Medien

Dortmund

09.01.08

## **Pressemitteilung**

### **Fortsetzung der Sozialarbeit an Dortmunder Schulen genießt absolute Priorität**

Klare Botschaft der Fraktionen von SPD und GRÜNEN: Die erfolgreichen sozialpädagogischen Projekte an den Dortmunder Schulen dürfen auch nach Auslaufen der bisherigen Förderungen nicht gefährdet werden.

**Schulausschussvorsitzender Hermann Diekneite, SPD:** „Deshalb haben SPD und GRÜNE in ihrem gemeinsamen Haushaltsantrag im Dezember im Rat die auslaufenden Projekte namentlich benannt und ihre Fortführung beschlossen. Damit haben wir die Handlungsgrundlage und einen klaren Auftrag für die Verwaltung zur Fortführung der Maßnahmen geschaffen. Dass die bisher beschäftigten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bis zu einer neuen endgültigen vertraglichen Regelung nun zunächst Honorarverträge erhalten, sichert in dieser Übergangszeit auch die personelle Kontinuität der Arbeit. Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung nun auch schnellstmöglich die weitere dauerhafte und endgültige Finanzierung der Projekte sicherstellt.“

**Barbara Blotenberg, schulpolitische Sprecherin der GRÜNEN:** „Die Arbeit in den Projekten und Maßnahmen geht weiter – das ist die gute Nachricht vor allem für alle SchülerInnen und Eltern. Das zuständige Schuldezernat hat dafür mit den Honorarverträgen für die bisherigen MitarbeiterInnen bis zum Abschluss neuer regulärer Verträge die Grundlage geschaffen. Gerade vor dem Hintergrund des Berichts zur sozialen Lage müssen die Projekte auch nach dem Auslaufen der URBAN-Förderung erhalten bleiben. Im Haushaltsantrag haben wir deshalb bewusst einen Schwerpunkt auf die Sicherung und den Ausbau zahlreicher sozialer Projekte zugunsten von Kindern und Jugendlichen gesetzt. Das ist allemal sinnvoller, als seine Energie in Diskussionen um Erziehungscamps zu verschwenden.“



SPD Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

Gemeinsam sind sich die Fraktionen von SPD und GRÜNEN einig, dass mit den schulsozialarbeiterischen Projekten wertvolle Arbeit geleistet wird, um Sprachbarrieren abzubauen, Fortbildungsmaßnahmen anzubieten, Eltern Kontakte untereinander zu ermöglichen und konkrete Hilfe in Krisensituationen zu leisten. Nicht zu letzt dienen die Projekte damit auch der zurzeit heftig diskutierten Gewaltprävention. Obwohl eigentlich eine Landesaufgabe, habe sich die Landesregierung lediglich bei den Hauptschulen festgelegt und hierfür die Kosten übernommen.

„Mit unserem Haushaltsantrag und den daraufhin eingeleiteten Maßnahmen des Dezernates werden die wichtigen Projekte fortgeführt. Das war unser Ziel“, stellen **Hermann Diekneite** und **Barbara Blotenberg** abschließend fest.